SSOAR

Open Access Repository

www.ssoar.info

Rußland und der Westen nach dem 11. September: Beginn einer wirklichen Partnerschaft? Aus russischen Fachzeitschriften und Wochenzeitungen des zweiten Halbjahres 2001

Bomsdorf, Falk

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Bomsdorf, F. (2002). *Rußland und der Westen nach dem 11. September: Beginn einer wirklichen Partnerschaft? Aus russischen Fachzeitschriften und Wochenzeitungen des zweiten Halbjahres 2001.* (SWP-Zeitschriftenschau, 04/2002). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-364920

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

SWP-Zeitschriftenschau

Stiftung
Wissenschaft und
Politik

Deutsches Institut
für Internationale
Politik und Sicherheit

Rußland und der Westen nach dem 11. September: Beginn einer wirklichen Partnerschaft?

Aus russischen Fachzeitschriften und Wochenzeitungen des zweiten Halbjahres 2001

Falk Bomsdorf[*]

Die russischen Veröffentlichungen zum 11. September und seinen Folgen für Rußland und den Westen verdienen ausführlich dargestellt und vor allem genau gelesen zu werden: Nur so kann vor allem der westliche Beobachter ermessen, was für ein »window of opportunity« sich im Herbst 2001 für Rußland wie den Westen aufgetan hat; und nur so ist auch die Kraft des politischen Windes zu spüren, die dieses Fenster wieder zuzuschlagen droht.

Vladimir Pantin, Professor am Moskauer staatlichen Institut für internationale Beziehungen (MGIMO) und von seinem Denken her eine Art russischer »Alternativer«, sieht in seinem in der Novembernummer von *Polis* erschienenen Artikel (»›Zusammenstoß der Zivilisationen‹ oder Dialog der Kulturen?«) in einer Kombination des »Zusammenstoßes der Zivilisationen«, also des Konzeptes von Huntington, und der Globalisierung als eines zutiefst westlichen Entwurfs die Hauptursache für den 11. September. Der Autor läßt viel Mitgefühl für die islamische Welt erkennen, wenn er meint, daß diese besonders unter den Prozessen zu leiden habe, die ihre traditionelle Kultur bedrohten. Russen könnten das besonders gut verstehen. So zeigten soziologische Umfragen in Rußland eine äußerst negative Reaktion der Mehrheit der Russen gegenüber dem Überwiegen amerikanischer Filme im Fernsehen und dem Vorherrschen der ausländischen, aber auch russischen Massenkultur, die zahlreiche traditionelle russische Werte zerstörten. Wenn all dies schon den Russen so zuwider sei, ruft Pantin aus, wie negativ müßten erst die Muslime traditioneller Ausrichtung reagieren!

Angesichts der gefährlichen Prozesse, die Pantin überall im Rahmen des Kampfes der Zivilisationen sieht, ruft er zum Kompromiß auf. Wie kann er aussehen? Pantins erste Empfehlung: Das gegenwärtige Konzept der Globalisierung bedürfe ernsthafter Korrekturen, sollten sich die für die Globalisierung nicht bereiten Länder nicht in die Ecke getrieben fühlen. Andernfalls drohten weitaus größere Katastrophen als bisher. Seine zweite Empfehlung geht aus dem von

[*] Der Autor, ehemaliger Mitarbeiter der SWP, ist Leiter des Moskauer Büros der Friedrich-Naumann-Stiftung.

ihm wiedergegebenen Erlebnis eines russischen Wissenschaftlers bei einer Konferenz im Westen hervor. Dieser habe einen ebenfalls teilnehmenden islamischen Fundamentalisten aus Gaza gefragt, wie die Fundamentalisten reagieren würden, wenn der Westen die Propaganda von Gewalt, Pornographie und all dem einstelle, was er selber die Verschmutzung der moralischen Umwelt nenne. Würden die Fundamentalisten dann den Terror gegen den Westen einstellen? Der Islamist habe diese Frage bejaht. Für Pantin ergibt sich aus dieser Geschichte eine gewisse, wenn auch entfernte Aussicht auf Umwandlung des »Zusammenstoßes der Zivilisationen« in einen Dialog – eine eher naive Annahme, die sowohl den radikalen Islam als auch das Wesen der westlichen Gesellschaften verkennen dürfte.

In die Zukunft schaut der Journalist **Sergej Birjukov** im *Russkij žurnal* vom 7. Dezember. Unter der Überschrift »In Erwartung einer ›zweiten Front‹. Die Perspektiven Rußlands unter den Bedingungen des neuen Afghanistankrieges« analysiert er die möglichen Entwicklungslinien Afghanistans und die jeweiligen Folgen für Rußland und die zentralasiatischen Staaten. Birjukov ist mit Blick auf Afghanistan zutiefst skeptisch, und zwar auf Grund seiner intimen Kenntnis der verschiedenen ethnischen Gruppen und ihrer Führer. Die ethnischen und persönlichen Gegensätze brächen bereits wieder auf, und die Fundamentalisten seien in Afghanistan noch nicht am Ende. Auch könnten Konflikte mit den USA und der NATO jederzeit ausbrechen.

In dieser Perspektive könne es für Rußland gefährlich werden – eine Befürchtung, ja ein Topos, von dem gegenwärtig in der russischen politischen Klasse weithin die Rede ist. Die Amerikaner und ihre Verbündeten, offenkundig nicht bereit zu einem sich hinziehenden Partisanenkrieg, würden sich im Eventualfall ohne großen Schaden für sich selbst aus Afghanistan zurückziehen. Rußland mit seiner ungedeckten südlichen Flanke könne das nicht so leicht. Eine Niederlage der Nordallianz in der innerafghanischen Auseinandersetzung würde Rußland und seine zentralasiatischen Verbündeten des letzten Schildes berauben, mit dem sie sich bisher noch gegen die fundamentalistische Expansion schützen konnten. Turkmenistan, Uzbekistan und vor allem Tadschikistan wären aufs höchste gefährdet – und mit ihnen Rußland.

Was tun? Für den Autor stellt sich auch hier die klassische russische Frage. Sein Vorschlag: Rückkehr eines Kontingents russischer Grenztruppen nach Kyrgistan, Verstärkung der kasachischen Truppen an der Grenze zu Uzbekistan und ein Zusammenwirken Rußlands mit Indien und China, die an der Stabilisierung der zentralasiatischen Regime großes Interesse hätten und die Ausbreitung des pantürkischen und islamistischen Einflusses auf ihrem Territorium tunlichst verhindern wollten. Notwendig sei auch – wie sich die Bilder in Ost und West gleichen – die Verstärkung der Kontakte mit der muslimischen Welt. Die Länder der Islamischen Konferenz könnten zu einer innerafghanischen Lösung beitragen. Und Rußland könne in einer Situation, in der die Zuspitzung der Beziehungen zwischen dem Westen und der islamischen Welt unausweichlich sei, die Rolle eines Schiedsrichters übernehmen und damit vermeiden, zwischen Hammer und Amboß zu geraten.

Auch in Rußland selbst müsse man aktiv werden. Die militärische Phase der antiterroristischen Operation in Tschetschenien, wie Birjukov den Tschetschenienkrieg entsprechend offizieller Terminologie nennt, müsse abgeschlossen werden, um der Gefahr eines Zweifrontenkrieges zu entgehen. Auf Verhandlungen dürfe man nicht setzen; dies würde nur die Streitkräfte verunsichern und die Lage in der nordkaukasischen Region zur Explosion bringen. Überdies müsse man die Ausbreitung des Wahhabbismus im Nordkaukasus und der Wolgaregion unterbinden, und zwar auch dadurch, daß man den gemäßigten innerrussischen Islam fördere. Bleibe man untätig, werde dies nicht nur die internationale Stabilität gefährden, sondern auch die

Existenz Rußlands als eines multinationalen und multireligiösen Staates.

Evgenij Satanovskij, Präsident des Instituts für Israel und den Nahen Osten, stellt in einem im Oktoberheft der offiziösen Zeitschrift *Meždunarodnaja žizn'* erschienenen Artikel (»Die Globalisierung des Terrors und ihre Folgen«) interessante Überlegungen zu den Konsequenzen des 11. September an. Sie zeigen, wie in Rußland weithin gedacht wird; dabei sind manche Parallelen zu Ansichten unübersehbar, wie sie in den USA vertreten werden. Für Satanovskij steht die Welt nicht nur am Rande des Dritten Weltkrieges – dieser Krieg wird bereits geführt, von China bis Algier. Seine Fronten seien Kaschmir und Afghanistan, Tschetschenien und der Balkan, Palästina und der Sudan. Vor einem Jahr habe der Krieg auch Moskau erreicht; morgen könne er Berlin, Paris und London erfassen. Die Auseinandersetzung könne man, so Satanovskij, nicht mit normalen Maßstäben messen, nicht mit normalen Mitteln führen. Jedenfalls gehe es in ihr um die vollständige Vernichtung des Gegners. Dabei stelle sich nicht die Frage, ob die in diesem Krieg angewandten Methoden des Kampfes gegen die Terroristen gut oder schlecht seien: Auf dem Spiel stehe das Überleben der modernen Zivilisation. Dazu zählt Satanovskij nicht nur den sogenannten Norden, sondern auch China und Indien sowie die Staaten Südostasiens.

In diesem Krieg der »neuen Barbaren« gegen die »alte Zivilisation«, so die Terminologie des Autors, stehe auf der anderen Seite eine ganze Reihe von Ländern der sogenannten Dritten Welt. Um des eigenen Überlebens willen müßten die »entwickelten Staaten« zu Mitteln der Kontrolle dieser Staaten greifen, die ihnen den Vorwurf eines neuen Kolonialismus und einer Kanonenbootpolitik eintragen würden. Doch die Dritte Welt, so läßt Satanovskij erkennen, sei an ihrer Lage partiell selbst schuld: Während sich insbesondere die Staaten der pazifischen Region und Lateinamerika sowie China und Indien erfolgreich entwickelt hätten und sich in die Weltwirtschaft integrierten, gefielen sich andere Staaten, ein großer Teil Afrikas, des Nahen und Mittleren Ostens, in der Aufstellung und Umsetzung aggressiver Forderungen gegenüber den Ländern der, wie das in Rußland genannt wird, »goldenen Milliarde«, also den entwickelten Industriedemokratien, wozu Satanovskij, anders als sonst russische Autoren, unterdessen offenbar auch Rußland zählt. Besonders bemerkbar gemacht habe sich diese Haltung kürzlich in Durban auf der Rassismus-Konferenz der UNO. Auf ihr sei die ideologische und politische Basis für die Konfrontation gelegt worden, die gegenwärtig in der Weltarena herrsche. Durban habe, so scheint es Satanovskij, für die künftige Geschichte des Dritten Weltkrieges dieselbe Bedeutung wie München für den Zweiten Weltkrieg.

Satanovskij wirft dem Westen vor, den Islamismus und damit den Terror im Ergebnis zu unterstützen: Die liberalen westlichen Massenmedien mit ihrer Theorie des Multikulturalismus spielen für ihn in dieser Hinsicht eine zweifelhafte Rolle. Überhaupt scheint der Westen für ihn eine Art von »Weichei« zu sein: Den politischen Islamismus, wie er ihn nennt, könne man nur dadurch bekämpfen, daß man ihn ausrotte. Und diese Praxis sei gerade für die Länder unannehmbar, die zum prinzipiellen Ziel der Islamisten geworden seien. Dem stellt der Autor das russische (und israelische!) Beispiel gegenüber. Der Westen kritisiere Rußland wegen seines Abgehens von den liberalen Werten. Doch was sei der Preis, wenn man sich an ihnen ausrichte? Der Sieg der Terroristen, wie Satanovskij meint.

Nachdem er so das russische Vorgehen in Tschetschenien verteidigt hat, setzt er am Schluß seines Artikels dazu an, die NATO in ihrer bisherigen Ausrichtung in Frage zu stellen und sie auf die russische Seite herüberzuziehen. Die NATO sei gegründet worden, um die Sowjetunion in Schach zu halten. Unter den neuen Bedingungen sei nun Rußland zum natürlichen Verbündeten des Westens geworden, zu einem Verbündeten überdies, der – das Wort Tschetschenien fällt nicht, ist aber gemeint –

bereits seit langem den Krieg führe, den die USA und die NATO jetzt erst aufnähmen. Die NATO könne also gar nicht anders, als sich Rußland in diesem Krieg anzuschließen. Satanovskij bezweifelt, ob den USA und der NATO ein solches Umdenken gegenüber Rußland und seinen nationalen Interessen möglich ist, habe man diese Interessen bis vor kurzem doch bestenfalls ignoriert. Das politische Establishment des Westens müsse, so Satanovskij, fähig sein, sich von den veralteten Dogmen des Kalten Krieges zu lösen, und zwar um des eigenen Überlebens willen.

Der 11. September als Chance für eine neue russische Außen- und Sicherheitspolitik

Von denen, die sich, wie gesagt, nicht sehr zahlreich, mit den außenpolitischen Folgen des Terrors insbesondere für Rußland befassen, ist vor allem **Dmitrij Trenin** hervorzuheben, stellvertretender Direktor des Moskauer Carnegie-Zentrums, dessen Artikel an dieser Stelle schon häufig vorgestellt worden sind.[1] Niemand hat so klar und mit so viel analytischem Tiefgang und mit so viel Weitsicht die Folgen des 11. September für Rußland herausgearbeitet wie er. Sein erster Artikel, schnell geschrieben und schnell erschienen (*Moskovskij centr Karnegi, press-reliz*, 19. September), aber beileibe kein Schnellschuß, liest sich wie eine Handlungsanweisung an die russische Politik. Und vor allem: Man gewinnt den Eindruck, als habe sich Präsident Putin genau an diese Empfehlungen gehalten.

Trenin spricht sich zunächst klar gegen diejenigen aus, die nach dem 11. September eine Distanzierung Rußlands von den USA befürworteten. Wollte man in diese Richtung gehen, erhielte Rußland das Image eines Landes, das sich faktisch den Terroristen anschließe; diesen würde signalisiert, daß sie die Spaltung zwischen Rußland und den USA für sich nutzen könnten; die Rivalität zwischen Rußland und den USA auf postsowjetischem Gebiet, also der GUS, würde noch zunehmen; die antiamerikanische Einstellung der russischen politischen Elite würde noch stärker werden und im Wege der Eigendynamik den Druck auf die russische Politik erhöhen, etwas gegen das Vorgehen der USA zu unternehmen.

Trenin befürwortet statt dessen eine Allianz Rußlands mit den USA. Rußland müsse die historische Chance nutzen, das Bedürfnis der USA nach einem strategischen Alliierten in annehmbare Bedingungen umzusetzen. Das Land könne auf diese Weise nur gewinnen: Der Status Rußlands in der internationalen Arena werde erhöht, die Position gegenüber der NATO gestärkt; die USA würden russischen Bedürfnissen gegenüber empfänglicher, und die Lösung einer Reihe wichtiger praktischer Probleme rücke näher. Ernsthaften Widerstand im Innern gegen eine solche Allianz mit den USA und der NATO müsse Präsident Putin nicht fürchten: Die Bürokratie erfasse stets sehr schnell die Neigungen der Staatsführung; die Duma sei kein Hindernis, und die Regionen würden sich nicht rühren.

Trenin empfiehlt der Regierung konkrete strategische Schritte: Erstens solle Rußland in ständige Konsultationen mit den USA und der NATO auf dem Gebiet der Terrorismusbekämpfung eintreten und sich so Einfluß sichern. Zweitens solle es mit demselben Ziel die Zusammenarbeit mit den militärischen und sicherheitspolitischen Strukturen und den Geheimdiensten des Westens vertiefen. Drittens schließlich solle Rußland gemeinsam mit seinen Partnern den Grundlagenvertrag mit der NATO so verstärken, daß er bei seinem fünfjährigen Bestehen im Mai 2002 als politische Basis für ein faktisches Bündnis zwischen Rußland und der NATO dienen könne.

In einem zwei Monate später erschienenen Artikel (*Moskovskij centr Karnegi, brifing*, 20. November), also nachdem viele dieser Punkte zu praktischer Politik geworden

1 Auf den eher enttäuschenden Artikel »Eine neue Etappe in den russisch-amerikanischen Beziehungen« von **Sergej Rogov**, Direktor des USA-Institutes der Akademie der Wissenschaften, in der Dezembernummer der Institutszeitschrift, wird hier nicht weiter eingegangen.

waren, vertieft Trenin seine Gedanken, wobei er die Fragestellung verbreitert. Angesichts der Erklärungen und Handlungen Präsident Putins nach dem 11. September gibt er sich erfreut: Endlich zeigten sich Elemente einer Strategie. Doch brauche der Prozeß der Herausbildung einer neuen russischen Außen- und Sicherheitspolitik Zeit und bedürfe ernsthafter Bemühungen. Außerdem stoße er – Trenins Optimismus von vor einem Monat ist offenbar unterdessen von der Wirklichkeit korrigiert worden – auf versteckten, aber möglicherweise auch offenen Widerstand. Was muß geschehen, damit die nunmehr sichtbaren Elemente einer Strategie sich in eine neue Außenpolitik Rußlands umwandeln? Dies ist die Frage, die Trenin zu Beginn seines Artikels stellt und deren Beantwortung er sich fortan widmet.

Putin habe bereits vor dem 11. September erkannt, so Trenin, daß es mit der russischen Außenpolitik nicht wie bisher weitergehen könne. Wiederherstellung Rußlands als Großmacht, Dominanz in der GUS, Schaffung einer multipolaren Welt in Bündnissen mit China und Indien, Zurückdrängen der USA, schließlich Integration Rußlands in Europa – diese offiziellen außenpolitischen Ziele seien, wie dem russischen Präsidenten bald klar geworden sei, nicht gleichzeitig zu erreichen. Über kurz oder lang habe man wählen müssen; und die prinzipielle Wahl, so Trenin, habe Putin bereits vor den Terrorakten getroffen. Der 11. September nun habe, aus dem Taktiker Putin einen Strategen gemacht. Als solcher habe Putin seine Wahl bestätigt: für die Integration Rußlands in Europa als zentrale Priorität seiner Strategie. Gegenüber den USA habe die konkrete Marschrichtung schon vorher geheißen: keinerlei Konfrontation. Nunmehr sei diese Haltung in ein faktisches Bündnis mit den USA zur Bekämpfung des Terrors gemündet. Dabei sei Putin konsequent gewesen und habe einer amerikanischen Präsenz in den zentralasiatischen Staaten, insbesondere in Uzbekistan, nichts in den Weg gelegt. Trenin kann dies gar nicht genug loben: Jede andere Entscheidung hätte seiner Auffassung nach erstens nichts genützt, da Washington Taschkent auch so zu einer Zustimmung bewegt hätte; zweitens hätte sie zu einem tiefen Mißtrauen der Amerikaner gegenüber den Russen geführt.

Welche Ziele der Strategie Putins sieht Trenin? Indem er Rußland zum »Verbündeten des Westens« erkläre, strebe Putin die Überwindung des Kalten Krieges an. Dieser werde nach dem 11. September zum »historischen Plusquamperfekt«. Gleichzeitig sollten damit optimale Bedingungen für den Beitritt Rußlands zu den westlichen Institutionen und Organisationen sowie für westliche Investitionen in Rußland geschaffen werden. Schließlich könnten so auch konkrete Probleme gelöst werden: Über NMD brauche man sich letztlich nicht mehr zu streiten, schon weil es, wie der Präsident erkannt habe, keine Gefahr für die russische Abschreckungsfähigkeit darstelle; selbst die Erweiterung der NATO bis ins Baltikum werde man letztlich hinnehmen. Zum einen könne man ohnehin nichts dagegen tun; zum zweiten gehe davon keine ernsthafte militärische Gefahr aus; schließlich – und das ist ein interessanter Punkt – könne die NATO-Erweiterung, wie das Beispiel Polen zeige, nicht nur nicht zu einer größeren militärischen Bedrohung Rußlands führen, sondern umgekehrt zu einer Verbesserung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen. Polen kann, wie man den Ausführungen Trenins auch und gerade mit Blick auf den jüngsten Besuch Präsident Putins in Warschau hinzufügen möchte, als Beleg dafür dienen, wie richtig die englische Redensart ist: »Good fences make good neighbours.«

So sehr Trenin mit dem Ansatz Putins sympathisiert, weiß er doch, daß mit der Wende des Präsidenten allein noch nichts getan ist. Putin habe, wie er schreibt, »den ernsthaften Anspruch auf Verwirklichung« seiner neuen außen- und sicherheitspolitischen Strategie angemeldet. Doch »unter dem Andrang immer noch mächtiger traditioneller Tendenzen« könnten die positiven Veränderungen erst eingefroren und dann

neutralisiert werden. Was müsse geschehen, damit es nicht dazu komme? Dieser Frage widmet sich Trenin im Hauptteil seines Artikels, den er mit »Vorwärts, Rußland!« überschrieben hat und in dem er die außen- und sicherheitspolitischen Schritte skizziert, die Präsident Putin seiner Auffassung nach unternehmen muß.

Trenins Ausführungen zu Beginn dieses Kapitels verdienen wörtlich wiedergegeben zu werden: »Die optimale generelle Strategie für Rußland bestünde im Eintritt in das *moderne* Europa. Unser Land ist ohne Zweifel europäisch, doch in seinem ganzen gegenwärtigen Zustand in vielem *archaisch*-europäisch. Europäisierung bedeutet für Rußland Modernisierung. Damit ist der Gang nach Europa nur der Form nach eine außenpolitische Aufgabe. Ihrem Wesen nach aber ist dies zu 95 Prozent ein inneres Problem. Seine Lösung erfordert wirtschaftliche Umgestaltung, die Schaffung eines Rechtsstaates, die Entstehung einer sich entwickelnden Zivilgesellschaft. Die Visitenkarte des modernen Europa sind die Menschenrechte. Nach Europa gehen kann man demgemäß nicht mit einem politisch ungelösten Problem Tschetschenien (und Tschetschenien ist ja kein Problem *zwischen* Rußland und Europa, sondern ein Problem im Inneren Rußlands selbst). Indessen läßt die Europäisierung als solche Rußland lediglich mit dem übrigen Europa kompatibel werden, macht es aber nicht unbedingt bereits zu dessen integralem Bestandteil [...]. Der wesentliche und fundamentale Wandel auf dem Gebiet der Außenpolitik besteht gegenwärtig im Übergang Rußlands von der historischen Großmacht in der Periode zwischen dem 18. und 20. Jahrhundert hin zu einem erfolgreichen europäischen Staat des 21. Jahrhunderts. Die russische Elite und die russische Öffentlichkeit müssen noch begreifen, daß es im *modernen* Europa keine Großmächte gibt und nicht geben kann. Weder Frankreich, noch Großbritannien und Deutschland sind Großmächte. Dagegen gibt es ein unterschiedliches Ausmaß an Einfluß einzelner Staaten; aber das Verhaltensmodell für alle besteht vorzugsweise in multilateralen, nicht in unilateralen Handlungen. Dies muß begriffen werden, wenn Rußland nicht nur mit Europa kompatibel werden, sondern die Aussicht erhalten will, in die europäischen Institutionen integriert zu werden. Man kann sich verschiedene Stadien und ein unterschiedliches Ausmaß des Eintritts Rußlands in die europäischen Strukturen vorstellen. Langfristig gesehen, existiert die Wahl zwischen vollständiger Integration in die europäische Union und einer Assoziierung an sie. Die Alternative zu einem erfolgreichen europäischen Land ist allein ein erfolgloser, marginaler Staat. Der Rückzug auf den Status einer Großmacht ist versperrt. Eurasien, also der berüchtigte dritte Weg der russischen Anhänger dieses Konzeptes, gehört bereits der Geschichte an [...]. Die Perspektive des Beitritts Rußlands zu EU und NATO – den beiden tragenden Konstruktionen des gegenwärtigen Europa – stellt sich vor allem als Orientierungspunkt dar. Die Frage der Mitgliedschaft in jeder der beiden Organisationen sollte auf längere Zeit offenbleiben, damit keine überstürzte Eile die im ganzen richtige Richtung der Entwicklung diskreditieren kann. In der überschaubaren Zukunft können die Ziele Rußlands in der Herstellung eines einheitlichen ökonomischen Raumes und in der Institutionalisierung der politischen Zusammenarbeit mit der EU sowie in der Schaffung einer Sicherheitsgemeinschaft mit dem Nordatlantischen Bündnis bestehen – am Anfang nach der Formel ›Allianz mit der Allianz (NATO)‹, sodann im Rahmen einer einheitlichen Organisation, die sich an den Realitäten des 21. Jahrhunderts orientiert.«

Trenin sieht sehr deutlich, daß die Lösung der qualitativ neuen Aufgaben, wie sie die außenpolitische Wende mit sich bringt, neue Mechanismen und neue Strukturen erfordert. So verlangten die neuen Zeiten ein prinzipiell neues Verteidigungsministerium; und mit dem Abgang des Zeitalters der Weltkriege sollten auch Struktur und Funktion des Generalstabes überprüft werden. Bei der unabdingbaren Streitkräf-

tereform könne sich im übrigen die Zusammenarbeit Rußlands mit der NATO bewähren: Das Bündnis könne bei der Modernisierung des Militärbereichs helfen. Trenins Phantasie geht noch weiter: Da Rußland auch in dieser Sphäre nicht mehr autark sei, stelle sich die Aufgabe, die Verteidigungsindustrie Rußlands in einen einheitlichen europäischen militärisch-industriellen Komplex zu integrieren.

Zum Schluß seines Artikels wendet sich Trenin erneut dem russischen Präsidenten zu. Vladimir Putin habe im Herbst 2001 eine strategische Wahl getroffen, seine einzelnen Schritte gingen in die richtige Richtung. Er verdiene Unterstützung im Innern des Landes wie auch von seiten der Partner Rußlands in der internationalen Arena. Doch Aussicht auf Erfolg werde sich nur dann einstellen, wenn aus einzelnen Elementen eine wirkliche Strategie geworden sei. Präsident Putin sei zu einem Marathonlauf gestartet. Für ein erfolgreiches Finish brauche er überzeugende Führungskraft, eine zuverlässige und kompetente Mannschaft, aber auch die Unterstützung durch die öffentliche Meinung. Auf der Strecke aus dem Rennen auszusteigen sei mehr als nur eine persönliche Niederlage.

Dem kann man nur zustimmen; und gar nicht genug unterstreichen kann man auch Trenins Auffassung, die Integration Rußlands in Europa sei zu allererst eine innenpolitische Aufgabe: In der Tat muß Rußland erst die inneren Voraussetzungen dafür schaffen, damit es überhaupt nach Europa gehen und dort auch ankommen kann. Eine russische Gesellschaft und ein russischer Staat, denen das Bewußtsein historischer Verantwortung, Bindung der Staatsgewalt an Gesetz und Recht, Gewaltverzicht bei inneren Konflikten, Existenz von Fernseh- und Rundfunkfreiheit, um nur einiges zu nennen, weithin fehlen und die von Korruption in einem Ausmaß zersetzt sind, wie man es sich in Europa nicht vorstellen kann, sind nicht europafähig.

Die Unterschiede zwischen den Artikeln von **Trenin** und **Satanovskij**, die jeweils paradigmatisch für das aufgeklärte und das rückwärtsgewandte Rußland stehen, sind signifikant. Zwar ist beider Ausgangspunkt der Kampf gegen den internationalen Terrorismus; doch der jeweilige Ansatz ist unterschiedlich. Trenin sieht mit dem 11. September die Chance gekommen, daß sich Rußland dem Westen anschließt, und mahnt nun dazu, eine entsprechende Strategie zu konzipieren und die inneren Voraussetzungen für ihre Implementierung zu schaffen. Satanovskij sieht es eher umgekehrt und in jedem Fall viel enger. Für ihn muß der Westen seine liberalen Positionen verlassen und sich der russischen Art und Weise der Terrorbekämpfung anschließen. Satanovskij begreift also im Unterschied zu Trenin gar nicht, welche Gelegenheit sich für Rußland im Herbst 2001 eröffnet hat, und er begreift auch nicht, daß die Art des russischen Vorgehens in Tschetschenien bei aller Notwendigkeit einer differenzierten Betrachtung dem Westen keinesfalls als nachahmenswertes Vorbild zur Bekämpfung des Terrors dienen kann.

All das ist nicht überraschend, wenn man die Eigenheiten der russischen politischen Klasse in Rechnung zieht. Es verwundert allerdings doch, wenn man sieht, daß es in einer dem 11. September gewidmeten Ausgabe der offiziösen, vom russischen Außenministerium herausgegebenen Zeitschrift *Meždunarodnaja žizn'* allein Satanovskijs Artikel ist, der sich über den Tag hinaus dem Problem widmet. Aber wenn man es recht bedenkt: Eigentlich ist dies doch nicht überraschend, sondern zeigt nur einmal mehr, welche Impulse vom russischen Außenministerium ausgehen – und welche nicht.

Der 11. September und der China-Faktor

Trenins Aufsatz enthält einen weiteren wichtigen Punkt, der um so bedeutsamer ist, als er im Westen offenbar kaum gesehen wird. Rußland stehe gegenwärtig vor der Aufgabe, Putins Wende nicht nur der eigenen Elite und Öffentlichkeit zu erklären, sondern auch den Staaten verständlich zu

machen, die sich bisher als Mitspieler im Rahmen des russischen Ansatzes begreifen konnten, eine multipolare Welt zu schaffen. An erster Stelle sei China zu nennen, dem die bisherige russische Haltung des Multipolarismus besonders gelegen gekommen sei und das deshalb das russische Bestreben, eine vom Westen unabhängige Rolle zu spielen, stets unterstützt habe. Mit China hat Rußland gerade erst einen umfassenden Vertrag abgeschlossen, den das offizielle Moskau sogleich als einen Eckstein der russischen Außenpolitik zu sehen begonnen hat.

So bezeichnet **Aleksander Losjukov**, stellvertretender Außenminister und offiziöser Kommentator dieses Vertrages, in einem Artikel in der Augustnummer von *Meždunarodnaja žizn'* (»›Großer Vertrag‹, große Perspektiven«) die Übereinkunft und die russisch-chinesische Partnerschaft als »Bollwerk des Kampfes für die Herausbildung einer neuen, demokratischeren multipolaren Weltordnung« – eine Formel, die die bisherige außenpolitische Konzeption Rußlands in Kurzform wiedergibt.

China betrachtet Rußland laut Trenin vor allem als verläßliches Hinterland bei dem Versuch, sich zur führenden asiatischen Macht zu erheben. Dabei bestehe für China zum ersten Mal seit 150 Jahren keine »Bedrohung aus dem Norden«: China habe keinen Grund, Rußland zu fürchten. Doch beunruhige die chinesische Führung die Möglichkeit, daß Rußland enge Beziehungen zu den westlichen Machtzentren aufnehmen und auf diese Weise aufhören könnte, ein angenehmer Nachbar für China zu sein. Bisher schienen die außenpolitischen Auseinandersetzungen zwischen Rußland und dem Westen – die Erweiterung der NATO, die Kosovo-Krise, das Problem NMD – dem entgegenzustehen. Nach dem 11. September sei sich die chinesische Führung, so Trenin, nicht mehr sicher, ob Rußland bei seiner Haltung bleiben werde und ob man Änderungen der russischen Position verhindern könne.

Trenin weiter: »Für Rußland haben die Beziehungen zu China eine ungeheure und nicht zu übertreffende Bedeutung. Freundschaftliche und partnerschaftliche Beziehungen mit Peking, eine wirtschaftliche Interdependenz mit dem gigantischen Nachbarn stellen eine äußerst wichtige außenpolitische Ressource dar. Eine Rückkehr zu den Zeiten von Feindschaft und Verdächtigungen wäre eine Katastrophe, eine Tragödie für Rußland. Gegenwärtig indessen zeichnet sich in den Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und der Russischen Föderation ein ›delikater‹ Moment ab, der ein Maximum an Aufrichtigkeit und Vertrauen im Verhältnis zwischen beiden Seiten erfordert«.

Worin sieht Trenin die Aufgabe Rußlands in diesem »delikaten« Moment? Die russische Führung müsse China offen und ehrlich deutlich machen, daß der russische Weg nach Europa eine geradezu natürliche Wahl sei, nachdem das historische eurasische Imperium dem Vergessen anheimgefallen sei. China muß nach Auffassung Trenins davon überzeugt werden, daß die Ausdehnung Europas bis zum Stillen Ozean nicht nur nicht gegen die Volksrepublik gerichtet sei, sondern im Gegenteil deren langfristigen Interessen entspreche. Trenin führt sodann Einzelpunkte an, mit denen es die chinesische Führung zu überzeugen gelte; sie alle sind politisch hoch brisant und zeugen von dem schmalen Pfad, auf dem sich die russische Führung nach ihrer Wende in Richtung Westen mit Blick auf China ganz offensichtlich bewegt.

Erstens werde die globale Machtbalance als Resultat der Integration Rußlands in Europa faktisch dauerhafter. Rußland entgehe dem Los eines unbeständigen Machtfaktors, der die Machtverhältnisse verändern und dementsprechend bei manchen gefährliche Illusionen wecken könne – dies offenbar ein Hinweis darauf, daß weder China noch die USA hinfort an den Versuch denken sollten, Rußland für ihre spezifischen außenpolitischen Zwecke zu instrumentieren. Im übrigen werde ein Europa, das Rußland und die Ukraine einschließe, in sich gleichgewichtiger. Zweitens erhalte Rußland durch die Einbeziehung in Europa

einen wichtigen Anreiz für seine wirtschaftliche Entwicklung, und zwar auch der Gebiete östlich des Ural. Auf diese Weise – man muß sich die Sätze auf der Zunge zergehen lassen – werde ein im Verhältnis zwischen Rußland und China potentiell äußerst gefährlicher Spannungsherd beseitigt: Der russische Ferne Osten und Sibirien würden im Vergleich zu China nicht weiter zurückfallen; damit werde auch die aus diesen Ungleichgewichten resultierende Unsicherheit der russischen Gesellschaft aufhören und mit ihr die Xenophobie und insbesondere die Sinophobie. Drittens schließlich könne ein Rußland, das mit der NATO zusammenarbeite, dazu beitragen, eine Konfrontation zwischen China und den USA abzuwenden. Die Annäherung Rußlands an die NATO verfolge ja nicht das Ziel, die Allianz bis an die Grenzen zu China auszudehnen, und schon gar nicht solle ein Bündnis gegen China geschmiedet werden. Es gehe umgekehrt um eine Demilitarisierung des Verhältnisses zwischen Rußland auf der einen und den USA und Europa auf der anderen Seite. Und selbst wenn man einmal die hypothetische Möglichkeit eines Beitritts Rußlands zur NATO zulasse, werde diese Konstellation keine nachteiligen Folgen für China haben: Rußlands NATO-Mitgliedschaft könne »politisch« sein, ohne Integration seiner Streitkräfte; das Geltungsgebiet des Nordatlantikpaktes könne auf ein Gebiet bis zum Ural beschränkt werden und ähnliches mehr. In jedem Fall würde ein Rußland in der NATO ein beständiger Verfechter des Dialoges und der einvernehmlichen Lösungen zwischen China und dem Westen sein.

Es ist bemerkenswert, wie Trenin hier die neue außenpolitische Strategie Rußlands, wie er sie sieht und befürwortet, politisch zu verkaufen sucht. Die russische Schwäche in Sibirien und dem Fernen Osten, eines der drängendsten, wenn nicht das russische Sicherheitsproblem Rußlands schlechthin, wird als den chinesischen Interessen abträglich bezeichnet, obschon anzunehmen ist, daß China dies eher umgekehrt sieht und gerade aus dieser Schwäche politisches Kapital zu schlagen gedenkt. Und dem Westen wird klargemacht, daß er seine Interessen keinesfalls am Amur und am Ussuri verteidigen müsse. Demilitarisierung der Beziehungen, Politisierung der NATO und Herstellung eines allseitigen Dialoges – das sind die Schlüsselworte von Trenins Konzeption. Ob sie mit ihrem guten Klang den Westen dazu verlocken können, die NATO in ein Instrument zum Management des chinesischen Aufstiegs umzuwandeln, ist allerdings zweifelhaft. In dieser Hinsicht muß noch viel nachgedacht werden. In jedem Fall sollte man unterstreichen, worauf Trenin als einer der wenigen hinweist, daß nämlich die Zukunft der russischen Gebiete östlich des Ural, also Sibirien und der russische Ferne Osten, nicht nur ein russisches, sondern auch ein Problem des Westens ist, und daß Rußland auch deshalb gebraucht wird, um den weiteren Aufstieg Chinas in gewissen Bahnen zu halten.

Noch ein Vertreter der russischen »strategic community« sieht die Bedeutung des China-Faktors nach dem 11. September. Es ist **Andrej Piontkovskij**, ursprünglich Mathematiker und nunmehr Direktor des Zentrums für strategische Forschungen und zusammen mit Trenin *die* strategische Kraft in Rußland. Piontkovskij war vor dem 11. September einer der schärfsten Kritiker von Präsident Putin und seiner Amtsführung; nach dessen strategischer Wende hat er sich, jedenfalls in außenpolitischer Hinsicht, zum Anhänger Putins gewandelt. In der Dezembernummer der Zeitschrift *Svobodnaja mysl'* – dort ist die Diskussion eines Runden Tisches zum Thema »Rußland, Sicherheit, Terrorismus« wiedergegeben – merkt er an, es sei völlig unsinnig, sich jetzt auf die NATO und den nunmehr von vielen befürworteten, ja geforderten Beitritt Rußlands zu kaprizieren – dieses Problem sei viel zu sperrig. Richtig an diesem Gedanken sei allerdings, daß Rußland und der Westen die wechselseitige Verpflichtung übernehmen müßten, Sicherheit und territoriale Integrität zu garantieren. Im übrigen erlaube die gegen-

wärtige Situation, ein viel längerfristiges Problem zu lösen: das Verhältnis zwischen Rußland, China und den USA.

Vor dem 11. September habe man, so Piontkovskij, in den USA in dieser Hinsicht nur darüber diskutiert, ob das 21. Jahrhundert ein amerikanisch-chinesisches Kondominium sehen werde – mit offenkundigen Folgen für Rußland, dessen Ferner Osten dann unter chinesischen Einfluß geraten würde – oder ob die USA an der Existenz eines starken, wirtschaftlich prosperierenden Rußland interessiert seien, das ein wichtiger Akteur im Fernen Osten sein würde. Nach dem 11. September nun, so weiter Piontkovskij, könne man die Frage zum Nutzen Rußlands beantworten. Jetzt nämlich könne und müsse Rußland das tun, was es vor dem 11. September wegen des damals inhärenten antichinesischen Charakters eines solchen Vorgehens nicht hätte tun können: den USA eine militärisch-politische Allianz vorschlagen. Was Piontkovskij offenbar meint, aber nicht deutlich ausspricht: Rußland kann die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus nutzen, um das viel wichtigere Problem seiner langfristigen Sicherheit in Sibirien und im russischen Fernen Osten zu lösen und zu gewährleisten, daß das Land nicht zum Objekt chinesischer Expansion wird, sondern zum Subjekt, zum Akteur in einer Weltordnung, die mehr als nur ein Kondominium zweier Supermächte ist. Dies sei, ruft Piontkovskij aus, der wesentliche Vorschlag, den Rußland den USA machen müsse; damit solle es sich befassen, nicht aber damit, die USA zum Nachgeben bei unwesentlichen Fragen zu bewegen.

Eine Bilanz der russischen Außenpolitik

Eine Art Bestandsaufnahme der russischen Außenpolitik im Lichte des Herbsts 2001 enthalten zwei Artikel, die um die Jahreswende in den *Moskovskie novosti* erschienen sind. Der erste stammt aus der Feder von S**ergej Karaganov**, dem Präsidenten des Rates für Außen- und Sicherheitspolitik. Unter der programmatischen Überschrift »Europa darf nicht auf uns eifersüchtig sein« zieht er eine Bilanz der russischen Außenpolitik vor und nach dem 11. September. Autorin des zweiten Artikels ist **Lilija Ševcova**, leitende Mitarbeiterin des Moskauer Carnegie-Zentrums und eine der aufgeklärtesten Stimmen im neuen Rußland. Unter der Überschrift »Womit wird die Romanze mit dem Westen enden?« befaßt sie sich mit der Frage, ob die außenpolitische Wende des russischen Präsidenten nach Westen von Dauer sein kann.[2]

Für **Sergej Karaganov** ist das Jahr 2001 das zweite erfolgreiche Jahr in Folge für die russische Außenpolitik. Es sei gelungen, die Errungenschaften des Jahres 2001, nämlich die Annäherung an Europa und die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zu China, zu bewahren. Der größte Erfolg sei jedoch die Annäherung zwischen Rußland und den USA, wie sie im abgelaufenen Jahr erreicht worden sei. Sie sei erzielt worden einmal, weil der russische Präsident nicht auf die Wahlkampfrhetorik der Republikaner reagiert habe, zum anderen und vor allem aber dadurch, daß der Präsident den Schock des 11. September dazu benutzt habe, Rußland aus dem Niemandsland zu befreien, in das es nach dem Ende des Kalten Krieges geraten sei. Zunächst halb Gegner, halb Partner nehme Rußland nun die Stellung eines privilegierten Partners der USA ein. Das sei um so vorteilhafter für Rußland, als die USA infolge des 11. September ihre Stellung in der Welt noch verstärkt hätten. Infolge des Scheiterns des Friedensprozesses im Nahen Osten und des Anwachsens antiwestlicher Stimmungen in der islamischen Welt habe sich Rußland in einen immer wichtigeren Partner sowohl der OPEC wie auch der Abnehmer von Öl gewandelt. Uns sind, so Karaganov nahezu euphorisch, neue politische Muskeln gewachsen. Nun sei es wichtig, sie richtig zu nutzen. Man könnte schon die Becher füllen, wenn nicht die Gefahr bestünde,

2 Der Artikel ist im Januar 2002 erschienen. Wegen der besonderen Aktualität wird er gleichwohl bereits hier angeführt.

daß man dann nach unguter russischer Tradition nachlasse und erneut den Sieg in eine Niederlage verwandle.

Karaganov sieht viele Probleme für Rußland. Die Niederlage der Taliban vermindere die Nützlichkeit Rußlands als Partner in der Koalition gegen den Terrorismus, das »window of opportunity« in den Beziehungen zu den USA werde kleiner. Nötig sei jetzt eine dauerhafte Übereinkunft, die die Position Rußlands als eines Verbündeten des Westens institutionalisiere. Ohne eine solche Übereinkunft werde Rußland, so Karaganov, wieder im Niemandsland landen. Die damit verbundene Unbestimmtheit würde diejenigen im Westen wie in Rußland mit Argumenten versehen, die in der Gegenseite jeweils den Feind sähen, dies um so mehr, als es mehr als genug Gründe für Argwohn gäbe.

Karaganov empfiehlt dringend, den traditionellen Fehler der letzten zehn Jahre zu vermeiden, nämlich eine Annäherung an Europa zu erklären, sich dann aber fast völlig auf die Beziehungen zu den USA zu konzentrieren, wie das die Amerikaner teilweise wollten. Dies sei zwar vorteilhaft für die USA, doch von Nachteil für Rußland. Europa sei zwar schwach und spreche vorläufig nicht mit einer Stimme; aber die Mehrheit der russischen Interessen liege in Europa. Und, so fügt Karaganov hinzu, Rußland sei interessiert an der Stärkung des vereinigten Europas. Die Zusammenarbeit mit der EU verbessere auch die Position Rußlands im Dialog mit den USA. Daher müsse die russische Politik nicht auf eine Schwächung der westlichen Union zielen, sondern auf ihre Annäherung an Rußland.

Karaganov sieht *eine* große Gefahr: Wenn es nicht gelinge, eine solche Verbindung mit dem Westen herzustellen, werde die russische Elite wie auch die Bevölkerung die wahrscheinliche Ausweitung der NATO auf die Baltischen Staaten als schmerzhaft empfinden. Daran sei nicht Putin schuld, sondern die russische Politik der Vergangenheit oder aber ihr Fehlen. Doch dafür zahlen müsse Putin. Um so mehr spreche alles für den Nutzen einer Institutionalisierung der Zusammenarbeit mit dem Westen: Wenn ein Verbündeter sich ausdehne, bestünden keine Probleme.

Rußland müsse die Pause nutzen, die sich daraus ergebe, daß die Amerikaner die Lösung der »Irak-Frage« vorläufig hintangestellt hätten, und zwar dazu, seine Interessen zu fördern: Für Rußland sei die Destabilisierung des Iraks wie auch dessen Erwerb von Massenvernichtungsmitteln ebenso von Nachteil wie die Verdrängung Rußlands von seinen Märkten.

Die wichtige Herausforderung des Kreml auf dem Gebiet der Außenpolitik, dies das ceterum censeo Karaganovs, sei im übrigen die Schaffung eines effektiven Mechanismus für die Führung eben dieser Außenpolitik. Einstweilen seien die russischen Erfolge Ergebnis der Handlungen des Präsidenten und einer Handvoll seiner Kampfgefährten. Die herkömmlichen Mechanismen der russischen Außenpolitik setzten ständig zu spät ein oder arbeiteten in die Gegenrichtung. Was deshalb notwendig sei, sei eine ausgearbeitete Planung. Sie dürfe nicht nur im Kopf eines einzigen Menschen existieren; das reiche zwar für einen einzelnen Durchbruch, aber nicht für eine effektive Politik. Außerdem müsse man die neue Außenpolitik der Gesellschaft erklären; sonst würden sogar bloße Manöver, also durchdachte Schachzüge, als Niederlage betrachtet. Karaganov beschließt seinen Artikel mit einer, wie man formulieren könnte, bittersüßen Bemerkung: Am Ende des Jahres könne man wie schon vor zwölf Monaten feststellen, daß die russische Außenpolitik erfolgreich gewesen sei; doch um so mehr wolle man Enttäuschungen entgehen.

Lilija Ševcova verstärkt die vorsichtig-zurückhaltende, um nicht zu sagen pessimistische Note, mit der Karaganov seinen Artikel abschließt. Fast wirken ihre Ausführungen wie ein Anschluß an dessen letzte Zeilen, wenn sie schreibt, die Hoffnung sei immer ein Vorbote möglicher Enttäuschungen. Sie fürchtet, daß dieser Satz sich zum wiederholten Male anhand der Beziehungen zwischen Rußland und dem Westen bestätigen wird. Nach außen hin stelle sich

alles recht gut dar: Rußland sei zum ersten Mal während des vergangenen Jahrzehnts zu einem wirklichen und nicht nur einem rhetorischen Partner des Westens geworden. Der russische Präsident habe Führungsqualitäten gezeigt und sich in einem Moment für den Westen entschieden, da die Gesellschaft und die Elite gespalten gewesen seien. Und dennoch scheint es ihr, als baue der gegenwärtige Dialog Rußlands mit der westlichen Gemeinschaft zum Teil auf gegenseitigem Unverständnis auf, zum Teil auf Illusionen.

Ševcova meint damit, daß die gegenwärtige Annäherung oder gar Partnerschaft auf einer momentanen Interessenübereinstimmung auf einem engen Gebiet beruht und damit keine ausreichende Grundlage hat. Was hat Rußland denn nach dem 11. September dem Westen angenähert, fragt sie. Ihre Antwort: Rußland sei Partner des Westens in einer Situation geworden, da der Westen sich zurückgewandt habe – in die Mentalität des 19. Jahrhunderts nämlich, und zwar indem man die Idee des Rechts und der Freiheit erneut dem starken Staat untergeordnet habe. Dies habe natürlich den regierenden russischen Eliten imponiert, die sich ebenfalls unter dem Banner der Ordnung konsolidiert hätten. Und allein dies hat für Ševcova den russischen Nationalisten unerwarteterweise gestattet, Westler zu werden: ihnen scheint es, als habe sich die westliche Zivilisation ihrem Glauben angeschlossen.

Das alles ist für Ševcova zu wenig. Wenn wir diese Annäherung nicht mit gemeinsamen Werten ergänzen, merkt sie an, werden wir uns fremd bleiben. Das wesentliche Hindernis für eine wirklich Annäherung zwischen Rußland und dem Westen liegt ihrer Ansicht nach in der mangelnden russischen Bereitschaft, die inneren Regeln für das Leben im Lande zu ändern. Rußland könne sich nun einmal nicht in die westliche Gemeinschaft eingliedern, wenn es die Autokratie beibehalte. Wenn wir aufrichtig Teil der westlichen Zivilisation werden wollen, ruft Ševcova aus, dann müssen wir unsere Ordnungsprinzipien wechseln, und zwar nicht nur in der Wirtschaft, sondern vor allem in der Politik. Und wir müssen begreifen, daß wir uns nur in dem Ausmaß unseren Partnern im Westen annähern können, in dem wir die westlichen Spielregeln akzeptieren. Wir sollten uns nicht empören, wenn man Druck auf uns ausübt und ständig etwas von uns fordert. Gefällt uns das nicht, können wir ja in all unserer Einzigartigkeit vor der Schwelle der westlicher Zivilisation bleiben – ein polemischer Seitenhieb gegen die vielen Mitglieder der politischen Klasse, die ständig auf die Besonderheit Rußlands hinweisen und aus dieser Besonderheit auch besondere Rechte ableiten.

Für Ševcova ist es Zeit, innezuhalten und aus der nicht so recht erfolgreichen Werbung umeinander Lehren zu ziehen. Ševcova empfiehlt ihren Landsleuten, die ja in der Tat nach dem 11. September für russisches Wohlverhalten zahlreiche Forderungen an den Westen gestellt haben, nicht immer gleich Preislisten für jeden Schritt in Richtung Westen zu präsentieren. Wenn die Annäherung an den Westen doch in unserem Interesse ist, ruft Ševcova aus, sollten wir nicht noch versuchen, daraus etwas für uns herauszuschlagen. Nicht minder gefährlich sei allerdings das verbale Westlertum, wie es die Autorin bezeichnet, nämlich die Forderungen, Rußland »hier und jetzt in die westlichen Strukturen aufzunehmen, also in die NATO, die EU und die anderen Organisationen, in denen Rußland noch nicht vertreten ist«. All das erweise der russischen Sache einen schlechten Dienst und werde zu einem zusätzlichen Faktor antiwestlicher Stimmungen in Rußland, dann nämlich, wenn die Menschen sähen, daß man auf sie nicht gerade wartet. Dann komme es wieder zu solchen vereinfachten Beurteilungen: Wir haben gewollt, wir haben gebeten, aber man hat uns zurückgewiesen.

Eine andere Empfehlung gilt dem Präsidenten selbst; sie erinnert an die Forderungen Trenins. Wäre Vladimir Putin wirklich daran interessiert, daß seine Wende nach Westen unumkehrbar bleibe, müsse er jene

Institutionen umfassend säubern, die für Außen- und Sicherheitspolitik verantwortlich seien und noch immer in der Logik des Kalten Krieges lebten.

Aber auch der Westen bekommt in Ševcovas Artikel seinen Teil an Vorwürfen zu hören. Wenn der Westen wirklich die Integration Rußlands anstrebe, müsse er auch die große Verantwortung und die nicht geringe Bürde übernehmen, die damit verbunden sei. Zuallererst müsse die westliche Gesellschaft sich der Tatsache bewußt werden, daß die Integration Rußlands eine der strategischen Herausforderungen des neuen Jahrhunderts sei. Natürlich gebe es die besten Absichten und aufrichtigen Idealismus. Und es gebe die Initiativen von Tony Blair und Lord Robertson mit Blick auf die Schaffung eines Rates Rußland–NATO. Aber das seien doch alles nur Palliative, seien Phantome, mit denen man sich da befasse. Unterdessen stehe Rußland vor neuen globalen Herausforderungen, die neue Antworten erforderten. Gemeinsam sollten wir diese Herausforderungen erkennen, fordert Ševcova; denn das sei schon für sich ein Schritt aufeinander zu.

Ševcova beschließt ihren Artikel mit einer eher pessimistischen Note: Solange Rußland nicht bereit sei zu einer Partnerschaft mit dem Westen, die auf der Anerkennung gemeinsamer Werte beruhe, und solange der Westen nicht die globale Herausforderung erkenne, die in der Integration Rußlands liege, würden alle Zwischenlösungen früher oder später Enttäuschung hervorrufen. Wir sind heute, dies ist der letzte Satz Ševcovas, dicht an den Punkt gekommen, wo die neue Romanze mit dem Westen genauso enden kann wie die bisherigen.

Ein wesentliches Hindernis: Widerstand aus der politischen Klasse

Den Pessimismus Lilija Ševcovas kann verstehen, wer die Dezembernummer von *Svobodnaja mysl'* zur Hand nimmt und sich die dort wiedergegebene Diskussion des bereits erwähnten Runden Tisches ansieht, der auf Initiative der Partei Otečestvo (Vaterland) zum Thema »Rußland, Sicherheit, Terrorismus« stattgefunden hat. Zwar haben an ihm mit den bereits zitierten Dmtrij Trenin und Andrej Piontkovskij auch Analytiker teilgenommen, die zu den aufgeklärtesten Vertretern der russischen »strategic community« gehören und mit Lilija Ševcova übereinstimmen. Doch sind dort auch Vertreter der Moskauer politischen Klasse präsent gewesen, die ganz andere Auffassungen haben und – man kann es kaum anders formulieren – Lichtjahre vom Denken jener Analytiker entfernt sind. Sie repräsentieren die – gegenwärtig eher schweigende – Mehrheit der Moskauer politischen Klasse; und sie sind es, die aufgeklärte Analytiker wie Lilija Ševcova so besorgt sein lassen. Gemeint sind **Konstantin Zatulin**, **Michail Deljagin** und **Andranik Migranjan**, die in ihrer kennzeichnenden antiwestlichen Einstellung den 11. September und seine Folgen in einem völlig anderen Licht sehen.

Für **Konstantin Zatulin**, Mitglied des Politsowjet von Otečestvo und Direktor des Moskauer GUS-Institutes, war der Terrorakt im Ergebnis ein Schlag gegen die unipolare Welt und gegen die USA als die in diesem System führende Macht – und damit ein für Rußland letztlich vorteilhafter Vorgang; denn Moskau könne sich mit der amerikanischen Führungsrolle nicht abfinden. Die russische Politik müsse nunmehr – »ohne jeden Antiamerikanismus« – darauf hinwirken, daß die USA von ihrer Führungsrolle abließen und sich zur Nutzung kollektiver Mechanismen bereiterklärten. Dem entspricht es, daß Zatulin einen Erfolg der amerikanischen Antiterroraktion als den russischen Interessen ausgesprochen abträglich ansieht.

Michail Deljagin, Direktor des Instituts für die Probleme der Globalisierung und trotz oder vielleicht gerade wegen seines radikalen Antiwestlertums gegenwärtig auf nahezu allen Moskauer Diskussionsforen präsent, geht in dieser Richtung noch weiter. Die USA seien ein terroristischer Staat, so wie die NATO eine terroristische Organisation sei. Und wenn Rußland im Zeitalter

der Globalisierung auch alle Angebote zu Zusammenarbeit aufmerksam prüfen müsse, so sei es doch völlig ausgeschlossen, in das westliche Lager zu wechseln. Deljagins Begründung: »Unser Land ist einfach anders eingerichtet. [...] Uns wird man immer als Fremde ansehen, als potentielle Gefahr. Ein Bündnis zwischen Rußland und dem Westen ist unmöglich. Wir können uns nur gegenseitig für unsere jeweiligen Interessen benutzen [...].« Wir sollten also nicht, fügt der Autor hinzu, mit allen Kräften den Amerikanern helfen, sondern schauen, daß das Feuer nicht auf Zentralasien übergreift. Und bei aller Notwendigkeit von Zusammenarbeit mit den entwickelten Ländern dürfe sich Rußland, so Deljagin, keinem westlichen Diktat beugen, etwa mit Blick auf seine Zusammenarbeit mit dem Irak. Im Gegenteil, ruft Deljagin aus, dem sollte Rußland begegnen: durch eine engere Zusammenarbeit mit China. Rußland sei, so Deljagin, seit langem ein Entwicklungsland, deswegen widersprächen seine Interessen im großen und ganzen denen der entwickelten Staaten.

Andranik Migranjan, Vize-Präsident der Stiftung Reform, vertritt ebenfalls diese Meinung, freilich mit ganz anderer Zielrichtung. Es sei außerordentlich wichtig zu fragen, zu welcher Welt Rußland gehöre. Migranjan gibt selber die Antwort: zur Dritten Welt. Deswegen sei es seltsam, wenn davon die Rede sei, daß Rußland in noch höherem Ausmaß als die USA und die anderen Länder des Westens vom Terror bedroht werde. Soll heißen: Die Terroristen wenden sich doch nur gegen die entwickelte Welt; folglich könne das Entwicklungsland Rußland doch eigentlich gar nicht betroffen sein. Fast überflüssig ist es im übrigen zu erwähnen, daß alle drei genannten Vertreter zu denen gehören, die die russische Führung dazu aufrufen, aus der gegenwärtigen Situation herauszuholen, was sie nur hergibt, und dementsprechend vom Westen zahlreiche Gegenleistungen für russisches Entgegenkommen zu verlangen. Migranjan sieht in dieser Hinsicht ein ausgesprochenes Versagen der gegenwärtigen russischen Führung: Das Gorbatschow- und das Jelzin-Syndrom setze sich in einem Putin-Syndrom fort – wie seine beiden Vorgänger erhalte heute Präsident Putin nichts für seine Unterstützung des Westens, für seine Vorleistungen und die Aufgabe russischer Positionen.

Aleksej Puskov, Moderator eines wöchentlichen politischen Fernsehmagazins, auch er kein Aufklärer, aber doch ein intelligenter Hardliner, argumentiert am Runden Tisch in eine ähnliche Richtung: Die USA nutzten die aktuelle russische Hilfe für ihre spezifischen Zwecke; danach werde Rußland wieder marginalisiert. Zwar bestehe gegenwärtig in der Tat, das sieht auch Puskov, die Chance einer schnellen Annäherung Rußlands an den Westen. Doch dieser müsse seine Bereitschaft zur Integration Rußlands durch Taten bestätigen – andernfalls müsse Rußland seine Politik überdenken. Deljagin sieht nicht einmal diese Chance: Für ihn ist »der Versuch, zum zweiten oder dritten Mal eine Liberalisierung und Westernisierung (Rußlands) durchzuführen, völlig inadäquat«.

Die Wahl des Präsidenten: Auch die Wahl Rußlands?

Konstantin Eggert, früher Journalist bei der *Izvestija*, heute leitender Mitarbeiter des russischen Dienstes der BBC, und **Aleksej Arbatov**, Dumaabgeordneter (Jabloko) und stellvertretender Vorsitzender des Verteidigungsausschusses, kritisieren die Haltung, die bei Migranjan, Zatulin und vor allem Deljagin zum Ausdruck kommt.

Arbatov widerspricht beim Runden Tisch von *Svobodnaja mysl'* kategorisch der Behauptung Deljagins, Rußland sei nicht »Westen« und werde es niemals sein. Wenn irgend etwas in Rußland nicht gelinge, so Arbatov dem Sinne nach, dann müsse man das schlechter Organisation, schlechter Arbeit oder dem endemischen Stehlen zuschreiben. Das aber falle schwer. Viel leichter sei es, diese Dinge auf den »besonderen Weg« Rußlands zu schieben, also darauf, daß Rußland angeblich nie »Westen« sein könne.

Für Rußland gebe es keinen anderen Weg als den nach Westen, nach Europa. Doch dieser Weg, fügt Arbatov warnend hinzu, sei lang; auf ihm müsse Rußland seine Ansprüche an seinen Möglichkeiten ausrichten und dürfe nicht auf schnelle Durchbrüche rechnen.

Eggert wendet sich in einem Artikel, der in der letzten Ausgabe der neuen Zeitschrift *Evropejskaja bezopasnost'* (Europäische Sicherheit) unter der Überschrift »Rußland und Putin im Angesicht neuer Herausforderungen« erschienen ist, gegen die in der russischen politischen Klasse, unter anderem von den oben genannten drei Vertretern, nach dem 11. September gegenüber dem Westen erhobenen Forderungen: vom Stopp der NATO-Erweiterung über die Einstellung jeglicher Kritik am russischen Vorgehen in Tschetschenien und die Anerkennung Zentralasiens wie überhaupt des postsowjetischen Raumes als russischer Einflußzone bis hin zum privilegierten Beitritt Rußlands zur WTO und zur Restrukturierung der russischen Schulden. Daß diese Forderungen allen Ernstes erhoben worden seien und noch erhoben würden, zeige die Verfassung an, in der sich die russische außenpolitische Elite befinde. Und sie zeige auch den Grad des Verständnisses an, der mit Blick darauf, wie im Westen und insbesondere den USA Entscheidungen gefällt würden, in den russischen Expertenkreisen und Machtstrukturen herrsche. Ausgerechnet zu einer Zeit, ruft Eggert aus, da in den europäischen Hauptstädten viele Tausende von Demonstranten, an ihrer Spitze Staats- und Regierungschefs, die Opfer des Terrors in den USA betrauert hätten, hätten diese Kreise dem russischen Präsidenten ein Vorgehen vorgeschlagen, das man unter den damaligen Umständen wie auch in der Rückschau nicht anders nennen könne als politische Erpressung.

Um so richtiger findet Eggert die Entscheidung Präsident Putins, mit Washington nicht in aller Öffentlichkeit über die Bedingungen des russischen Beitritts zur Allianz gegen den Terror zu handeln. Aber er sieht auch, wie schmal die Grundlage war und ist, auf der Putin seine Entscheidung für diese Allianz getroffen hat. Eggert kennt aus zuverlässigen Quellen, wie er schreibt, die Hintergründe, die dazu geführt haben: Bei dem entscheidenden Treffen des Präsidenten mit den Vorsitzenden der Fraktionen am 24. September hätten sich allein Grigorij Jawlinskij, der Vorsitzende der linksliberalen Partei Jabloko, und Boris Nemcov, Vorsitzender der rechtsliberalen Union der rechten Kräfte, für eine uneingeschränkte Unterstützung der USA ausgesprochen. Alle anderen, darunter auch der Vorsitzende der dem Kreml treuen Fraktion Einheit, hätten die Auffassung vertreten, Amerika sei an seinem Unglück selbst schuld; für Rußland gebe es keinen Anlaß zu helfen. Die gleichwohl zugunsten einer Unterstützung der USA getroffene Entscheidung Vladimir Putins beruhte also keinesfalls, wie Eggert zu recht schreibt, auf einem breiten innenpolitischen Konsens, sondern war vielmehr das Ergebnis »der Intuition und des politischen Willens eines Mannes«.

Die Quintessenz von Eggerts Ausführungen: Präsident Putin ist zwar populär, und *er* ist es, der die außenpolitische Richtung bestimmt. Aber er steht allein, ist, wie es Dmitrij Trenin bei dem oben genannten Runden Tisch in aller Schärfe ausgedrückt hat, isoliert – um ihn herum gebe es niemanden, der seine Linie verfolge. Auf die politische Klasse könne sich, so Eggert, der Präsident nicht verlassen, selbst wenn diese jetzt verbal seinen Handlungen zustimme, und erst recht nicht auf die Generalität, die bereits offen Widerspruch anmelde und in ihrem Hang zu einer eigenständigen Politik ein Grund zur Besorgnis sei, zumal sie keiner effektiven zivilen Kontrolle unterliege. Generell denke ein beträchtlicher Teil der sicherheitspolitischen Elite nach wie vor in den Kategorien des Kalten Krieges und träume von der »Großen Macht«, die die Sowjetunion in den 70er Jahren war. Im übrigen sei die Außenpolitik, wie Eggert es ausdrückt, privatisiert, soll heißen, sie entzieht sich dem Präsidenten, weil sie in bestimmten Bereichen von »pressure groups« gesteuert werde: Die russische Irakpolitik

etwa werde, so Eggert, von einigen Ölgesellschaften kontrolliert, die Politik gegenüber Iran stehe unter dem maßgebenden Einfluß des Atomministeriums, des Militärisch-Industriellen Komplexes und der mit ihm verbundenen Vertreter des Verteidigungsministeriums. Generell seien für wesentliche Teile des russischen Big Business wie für bestimmte Bereiche der Bürokratie der neue Kurs und insbesondere die Annäherung Rußlands an die USA eine potentielle Bedrohung ihrer Interessen.

Eggerts Fazit: Rußland steht vor zahlreichen Herausforderungen. Es ist *ein* Mann, der sich ihnen stellen, die in ihnen liegenden Probleme lösen muß: der Präsident der Russischen Föderation. Die Außenpolitik ist der Spiegel des inneren Zustandes eines Landes und seiner Gesellschaft. Die Tragödie des 11. September hat Rußland abverlangt, seinen Platz in der Welt zu bestimmen. Vladimir Putin hat dies offenbar getan. Die Frage ist indessen, ob die Wahl des Präsidenten auch zur Wahl Rußlands wird.

Das ist in der Tat die Frage. Sie stellt sich Rußland wie dem Westen. Die Antwort wird darüber entscheiden, ob ein gemeinsamer Weg, eine wirkliche Partnerschaft möglich ist. Skepsis ist angebracht. Rußland kann nur nach Westen gehen, wenn seine Menschen – und das heißt eben auch und vor allem seine politische Klasse – innerlich dazu bereit sind. Viel spricht dafür, daß dies nicht so ist – zumindest noch nicht. In dieser Perspektive gibt es allen Anlaß, an den Satz zu erinnern, den Ivan Posoškov, ein früher russischer Unternehmer, 1724 mit Blick auf Peter den Großen und seine in vielem fruchtlosen Bemühungen geschrieben hat: »Er (der ›große Monarch‹) zieht vielleicht selbzehnt den Berg hinan, aber den Berg hinunter ziehen Millionen; wie soll da seine Sache gedeihen?«[3]

3 Zitiert bei Günther *Stökl*, Russische Geschichte, Stuttgart 1962, S. 387.

Vorgestellte Aufsätze

Birjukov, Sergej, V ožidanii »vtorogo fronta«. Perspektivy Rossii v uslovijach novoj afganskoj vojny (In Erwartung einer ›zweiten Front‹. Die Perspektiven Rußlands unter den Bedingungen des neuen Afghanistankrieges), in: Russkij žurnal, 7.12.2001

Eggert, Konstantin, Rossija i Putin pered licom novych vyzovov (Rußland und Putin im Angesicht neuer Herausforderungen), in: Evropejskaja bezopasnost': sobytija, ocenki, prognozy, 2001 (2), S. 7–10

Karaganov, Sergej, Evropa ne dolžna nas revnovat' (Europa darf nicht auf uns eifersüchtig sein), in: Moskovskie novosti 2001 (52), S. 5

Losjukov, Aleksander, »Bolšoj dogovor«, bolšie perspektivy (»Großer Vertrag«, große Perspektiven), in: Meždunarodnaja žizn', 2001 (8), S. 3–9

o.V., Rossija, bezopasnost', terrorizm (Rußland, Sicherheit, Terrorismus), in: Svobodnaja mysl', 2001 (12), S. 7–22

Pantin, Vladimir, »Stolknovenie civilizacij« ili dialog kultur'? (»›Kampf der Zivilisationen‹ oder Dialog der Kulturen?«), in: Polis, 2001 (11)

Satanovskij, Evgenij, Globalizacija terrorizma i ee posledstvija (Die Globalisierung des Terrors und ihre Folgen), in: Meždunarodnaja žizn', 2001 (9/10), S. 17–25

Ševcova, Lilija, Čem končitsja roman s zapadom? (Womit wird die Romanze mit dem Westen enden?), in: Moskovskie novosti, 2002 (3), S. 5/7

Trenin, Dmitrij, Antiterrorističeskaja operacija SŠA i vybor Rossii (Die Antiterror-Aktion der USA und die Wahl Rußlands), Moskovskij centr Karnegi, press-reliz, 19. September 2001

ders., »Osennij marafon« Vladimira Putina: k roždeniju rossijskoj vnešnepolitičeskoj strategii (Der »herbstliche Marathon« Vladimir Putins: Zur Geburt einer außenpolitischen Strategie Rußlands), Moskovskij centr Karnegi, brifing, 20.11.2001

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2002
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

Gestaltungskonzept
Gorbach Büro für Gestaltung und Realisierung
Buchendorf